Beschlussvorlage A.41/194/2017 Anlage 5

Strukturplan nördlich entlang der BAB 6

Ergänzungen zur Vorlage A.41/194/2017 um die Auswirkungen des Planfeststellungsbeschlusses der Regierung von Mittelfranken vom 18.12.2017 (Aktenzeichen RMF-SG-32-4354-1-21) für den Umbau des Autobahnkreuzes Nürnberg-Ost

In dieser Anlage wird auf die wesentlichen Aspekte des o.g. Planfeststellungsbeschlusses eingegangen und die Auswirkungen auf die Strukturplanung nördlich der BAB 6 aufgezeigt.

Zusammenhang zwischen Planfeststellungsverfahren und Strukturplangebiet

Die rechtliche Grundlage für den Umbau des Autobahnkreuzes Nürnberg-Ost wird durch ein Planfeststellungsverfahren bei der Regierung von Mittelfranken und im Ergebnis durch den Planfeststellungsbeschluss gelegt. Für die planerischen Inhalte ist die Autobahndirektion Nordbayern zuständig.
Von den direkten Baumaßnahmen am Autobahnkreuz Nürnberg-Ost ist die Stadt Schwabach nicht betroffen. Anders sieht es mit den ökologischen Maßnahmenflächen und Bannwaldflächen aus, die als Ausgleich im Schwabacher Stadtgebiet und speziell größtenteils innerhalb des Gebiets der Strukturplanung der Stadt Schwabach vorgesehen sind.

Verfahrensablauf und Veränderungen in den Planfeststellungsunterlagen

1. Beteiligung
Zunächst wurde die Stadt Schwabach während der ersten Beteiligungsstufe nicht beteiligt. Stattdessen wurde der Stadt Schwabach eine nachträgliche Stellungnahmemöglichkeit eingeräumt.
Die Maßnahmen im Planfeststellungsverfahren sahen in der ersten Beteiligung im Bereich der Strukturplanung Bannwaldflächen, kombiniert mit ökologischen Ausgleichmaßnahmen auf den Grundstücken der ehemaligen Autobahnmeisterei (Maßnahmenfläche E 16.1) sowie in einem kleineren Teilbereich östlich der Lindenstraße (Maßnahmenfläche E 16.2) vor. Die Stadt Schwabach hat diese Maßnahmen abgelehnt und Alternativflächen zur Prüfung vorgeschlagen.

2. Beteiligung
In der zweiten Beteiligungsstufe wurden Teile der Alternativstandorte südlich der BAB 6 aufgenommen (Maßnahmenflächen E 16.3 und E 16.4), jedoch nicht zur Reduzierung der geplanten Bannwaldflächen und ökologischen Maßnahmenflächen nördlich der BAB 6 (Strukturgebiet). In einem kleinen Teilbereich östlich der Lindenstraße wurde die Bannwaldfläche in nördlicher Richtung geringfügig reduziert (nicht aber die ökologischen Maßnahmenfläche) und erheblich in östlicher Richtung erweitert. Die Stadt Schwabach hat die Maßnahmenflächen und die Errichtung von Bannwald nördlich der BAB 6 erneut abgelehnt und auf die Darstellungen des Flächennutzungsplans verwiesen.

Planfeststellungsbeschluss vom 18.12.2017
Im Planfeststellungsbeschluss sind die Flächen in der Form der zweiten Beteiligungsstufe unverändert enthalten. In der nachstehenden Tabelle sind die wesentlichen Inhalte der Abwägung der Stellungnahmen der Stadt Schwabach im Planfeststellungsverfahren enthalten:

Umgang mit den Belangen der Stadt Schwabach

Belang der Stadt Schwabach	Abwägungsergebnis der Planfeststellungsbehörde
Keine reguläre Beteiligung bei der ersten Stufe	Keine Erwähnung
Bannwaldfläche auf der Fläche der ehem. Autobahnmeisterei wiederspricht den Zielen der städtebaulichen Entwicklung	Fläche ist im FNP nachrichtlich als Verkehrsfläche mit überörtlicher Bedeutung enthalten → Auf der Fläche besteht keine Planungshoheit der Gemeinde, da dem Fachplanungsrecht unterzogen
	Überplanung mit Strukturplanung der Stadt Schwabach widerspricht dem FNP und stellt zudem keine verbindliche Planung dar
	Geplanter Wald beeinflusst Wohnnutzung nördlich An der Autobahn nicht, da Übergang durch Waldmantel, Gras-, Krautsaum
	Durch die geplante Aufforstung eines Bannwaldes wird das Ortsbild nicht negativ beeinflusst
	Bisherige Störwirkung der Fläche entfällt
Bannwaldflächen östlich der Lindenstraße widersprechen den Darstellungen des FNP, an die auch der Fachplanungsträger gebunden ist, und der vom Stadtrat beschlossenen Planung zum Landschaftspark Süd	Bindungswirkung der Fachplanung an die Darstellungen des FNP bestätigt. Im FNP-Verfahren wurde den Darstellungen vom Fachplanungsträger nicht widersprochen
	FNP stellt nur Grundzüge der städtebaulichen Ordnung dar, Wald ist auf einer öffentlichen Grünfläche keine größere Einschränkung
	Planung zum Landschaftspark Süd entfaltet keine Bindungswirkung
Alternativstandorte für die Schaffung von Bannwald	Vorgeschlagene Standorte westlich des Eichwasen sind bereits Waldflächen, eine Ausbildung als Bannwald damit nicht möglich
	Die vorgeschlagenen Alternativstandorte entlang der BAB 6 wurden geprüft und stehen für Bannwald nicht zur Verfügung (Nutzung für Planfeststellung BAB 6 bzw. eine Privatfläche steht nicht zum Erwerb

Auswirkungen des Planfeststellungsbeschlusses

Auf die Belange der Stadt Schwabach wurde keine Rücksicht genommen. Statt dem Verzicht auf Bannwald- und ökologische Maßnahmenflächen im Geltungsbereich der Strukturplanung wurden die Flächen innerhalb des Planfeststellungsverfahrens sogar deutlich erweitert. Die vorgeschlagenen Alternativflächen wurden teilweise als zusätzliche Maßnahmenflächen aufgenommen, jedoch nicht zur Reduzierung der Flächen nördlich der BAB 6.

Auf Grund der trennenden Wirkung der BAB 6 wird in Frage gestellt, in wieweit sich die vorgesehenen Bannwaldflächen nördlich der BAB 6 überhaupt für diesen Zweck eignen (sehr kleine punktuelle Waldflächen, trennende Wirkung für Tierwelt, Immissionen,…).

Der Flächennutzungsplan ist für Fachplanungsträger verbindlich, sofern sie diesem im Verfahren nicht widersprochen haben. Dabei widerspricht insbesondere die Maßnahmenfläche östlich der Lindenstraße den Darstellungen des FNP. Die Darstellung

öffentliche Grünfläche mit Zweckbestimmung Park ist nicht gleichzusetzen mit dem Planzeichen Wald.

Im Planfeststellungsbeschluss werden zunächst die Bannwaldflächen planfestgestellt, die konkreten Regelungen dazu erfolgen in der Bannwald-Verordnung. Hier ist derzeit nicht abschätzbar, ob und wie die freiraumplanerischen Grundzüge (z.B. Durchwegung, Spielplatz,…) berücksichtigt werden (können). Wenn dies nicht möglich sein sollte und der Bannwald im WorstCase unzugänglich wäre, könnten die Ziele des Strukturplans nicht vollständig umgesetzt werden und die notwendigen Freiraumangebote (Spielplatz,…) wären dann ggf. in den geplanten Wohngebieten unterzubringen (Flächenverlust für Wohnzwecke).

Neben der Thematik „Bannwald“ sind diese Flächen zusätzliche ökologische Maßnahmenflächen. Hier ist derzeit nicht klar abschätzbar, inwieweit die Ziele des ökologischen Ausgleichs und der Ausgleichsbilanz neben der Bannwald-VO zusätzliche Einschränkungen in der Freiraumnutzung mit sich bringen (die Wohnbaufläche östlich der Lindenstraße scheidet im nördlichen Teil damit für eine bauliche Nutzung aus)

Generell in Frage gestellt werden könnte, ob sich auf Grund der geringen Größe und trennenden Wirkung der 6-streifigen BAB 6 zzgl. Lärmschutzstreifen, den direkt angrenzenden Siedlungsflächen/Wohnbauflächen die vorgesehenen Flächen nördlich der BAB 6 überhaupt als Bannwald eignen (sehr kleine punktuelle Waldflächen, trennende Wirkung für Tierwelt, Immissionen,…)

Anstehende Entscheidung

Im anstehenden Beschluss soll die Entscheidung getroffen werden, ob der Planfeststellungsbeschluss und damit seiner Konsequenzen akzeptiert werden oder Rechtsmittel eingelegt werden sollen. Als Rechtsmittel gilt die Erhebung einer Anfechtungsklage innerhalb der Frist eines Monats. Da die Anfechtungsklage selbst keine aufschiebende Wirkung entfaltet, wäre der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage zu stellen.

Auszug aus dem Planfeststellungsbeschluss

vom 18.12.2017

RMF-SG32-4354-1-21

Regierung von Mittelfranken

Planfeststellungsbeschluss mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung für

den Umbau des Autobahnkreuzes Nürnberg-Ost im Zuge der BAB A 6 Heilbronn - Nürnberg (Abschnitt 360, Station 1,344, bis Abschnitt 380, Station 0,275) einschließlich Umgestaltung der Anschlussstelle Nürnberg-Fischbach im Zuge der BAB A 9 Berlin - München (Abschnitt 640, Station 5,232, bis Abschnitt 660, Station 1,170) im Bereich der Stadt Nürnberg und der gemeindefreien Gebiete Feuchter Forst und Fischbach (Landkreis Nürnberger Land)

Ansbach, den 18.12.2017

die Vorhabensträgerin darauf hingewiesen, dass eine derartige Gestaltung der Rettungsgasse nicht möglich ist. Dies leuchtet insbesondere im Hinblick auf die beengten Platzverhältnisse im Baustellenbereich ohne weiteres ein; eine dem Wunsch der Feuerwehr entsprechende Gestaltung ist auch nicht im Rahmen von Autobahnbaustellen allgemein üblich. Die Anfahrbarkeit von Unfallstellen im Baustellenbereich ist aber auch für schwere Fahrzeuge sichergestellt; diese können im Einsatzfall im Gegenverkehr anfahren. Bzgl. der Forderung, Fahrspurentrennelemente leicht demontierbar zu gestalten, hat die Vorhabensträgerin dargelegt, dass die Fahrspurentrennung demontierbar konzipiert ist.

Die städtische Friedhofsverwaltung weist darauf hin, dass nach den Plänen der verrohrte Hartgraben innerhalb des Friedhofs von Fischbach verläuft. Dies könne nicht zutreffen, auf dem dargestellten Grabenverlauf befänden sich Gräber. Der Graben sei nach dortiger Kenntnis bei der Erweiterung des Friedhofs an die Ostgrenze außerhalb des Friedhofs verlegt worden. Der aktuelle Verlauf des Grabens sei zu überprüfen.

Die Vorhabensträgerin hat diesbzgl. dargelegt, dass die dargestellte Lage des Hartgrabens der Bestandsvermessung entnommen worden ist. Sie hat zugesagt, soweit der tatsächliche Verlauf davon abweicht, dies im Rahmen der Ausführungsplanung zu beachten. Damit ist dem Hinweise hinreichend Rechnung getragen; eine Veranlassung für weitergehende Maßnahmen im Rahmen der Planfeststellung ist nicht ersichtlich.

Soweit die Stadt Nürnberg darüber hinaus weitere Gesichtspunkte anspricht bzw. vorbringt, wurden diese bereits zuvor unter den einzelnen Gliederungspunkten dieses Beschlusses, zu denen die vorgebrachten Punkte jeweils einen thematischen Bezug aufweisen, inhaltlich abgehandelt. Hierauf wird Bezug genommen.

3.3.13.2 Stadt Schwabach

Die Stadt Schwabach macht geltend, dass die vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen 16.1 E und 16.2 E T ihren Zielen der städtebaulichen Entwicklung widersprächen, die sich im aktuell geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Schwabach widerspiegelten. Die Maßnahmenfläche 16.1 E (auf der sich zuvor der Stützpunkt Schwabach des Autobahnbetriebsdienstes befand) sei im Flächennutzungsplan als überörtliche Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung öffentliche Verwaltung dargestellt. Die Flächen der Maßnahme 16.2 E T seien als öffentliche Grünanlage mit der Zweckbestimmung Parkanlage dargestellt. Mit Bekanntwerden des Ausbaus der A 6 im Bereich Schwabach habe die Stadt ihre bereits 2007 begonnen Planungen wieder aufgenommen und erarbeite ein Strukturkonzept für den Bereich Äußere Rittersbacher Straße, Konrad-Adenauer-Straße, An der Autobahn, Kettelerstraße, Lindenstraße, Walpersdorfer Straße und A 6. Ziel sei es, die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Wohnbauflächen sowie die diesen dienende Infrastruktur zu entwickeln. Es sei außerdem vorgesehen, den in großen Teilen vorhandenen Landschaftspark-Süd weiterzuentwickeln. Die Entwicklung von Bannwald auf der Fläche des bisherigen Stützpunktes widerspreche diesen Zielen der städtebaulichen Entwicklung. Neben Abständen, die bereits aus einer Waldnutzung entstehen würden, würden für den Bannwald besondere Schutzvorschriften entsprechend der Bannwaldverordnung gelten, eine dem Wohnen dienende Nutzung werde damit praktisch unmöglich. Die geplante Aufforstung östlich der Lindenstraße widerspreche der Zielrichtung der Weiterentwicklung des Landschaftsparks-Süd. Für diesen Bereich sei eine Grundkonzeption entwickelt worden mit dem Ziel, gestalterisch und optisch einen durchgängigen Freiraum Richtung Süden zu schaffen. Ein Waldgebiet solle bewusst nicht Bestandteil des Landschaftsparks sein. Die Stadt Schwabach schlägt stattdessen vor, bundeseigene Waldflächen nordwestlich des Eichwasens als Bannwald auszuweisen und die

notwendigen Aufforstungsmaßnahmen an anderer Stelle vorzunehmen; geeignete Flächen dürften nach Auffassung der Stadt Schwabach unproblematisch zu finden sein.

Dem vermag die Planfeststellungsbehörde nicht zu folgen.

Die beiden angesprochenen Maßnahmen 16.1 E und 16.2 E T verfolgen das Ziel, die mit dem Vorhaben verbundenen Verluste von Waldflächen – die allesamt als Bannwald unter Schutz gestellt sind – zusammen mit den übrigen waldbaulichen Maßnahmen, die Gegenstand der festgestellten Planung sind, flächenmäßig zu kompensieren. Die Maßnahmenfläche 16.1 E ist im Flächennutzungsplan – wie von der Stadt dargelegt – als überörtliche Verkehrsfläche dargestellt, wobei sich allerdings aus der Legende des Flächennutzungsplans eindeutig ergibt, dass es sich insoweit lediglich um eine nachrichtliche Übernahme im Sinn von § 5 Abs. 4 BauGB handelt. Diese Darstellung kann folglich der vorgesehenen Waldneugründung nicht entgegen gehalten werden. Im Übrigen macht diese Waldneugründung auch eine Wohnbebauung in dem im Flächennutzungsplan vorgesehenen Umfang nicht unmöglich oder erschwert deren Verwirklichung wesentlich. Schon derzeit liegen teilweise Wohngebäude in nur kurzer Entfernung zum Stützpunkt des Autobahnbetriebsdienstes; die von ihm ausgehenden Störwirkungen entfallen mit der Aufforstung der Fläche. Eine wesentliche Erschwernis ergibt sich im Gegenzug mit der Aufforstung nicht. Dabei ist insbesondere auch zu berücksichtigen, dass der neue Wald nicht bis unmittelbar an die nördlichen Grundstücksgrenzen heranreicht, sondern vorgelagert ein Waldmantel sowie ein Gras- und Krautflursaum etabliert wird (siehe Unterlage 9.2 Blatt 7 T). Auch bei einer ggf. – in einem separaten Verfahren außerhalb der Planfeststellung (Art. 37 und 38 BayWaldG) erfolgenden – Erklärung der Maßnahmenflächen zu Bannwald gilt nichts anderes. Es ist nicht ersichtlich, woraus sich hier weitergehende Einschränkungen ergeben sollten. Zudem hat die Stadt Schwabach für den betreffenden Bereich derzeit (erst) eine Strukturplanung entwickelt, eine verbindliche Bauleitplanung existiert noch nicht und ist nach hiesigem Kenntnisstand auch unter Berücksichtigung des Vorbringens der Stadt Schwabach noch nicht absehbar. Soweit diese Strukturplanung für den Bereich der Maßnahmenfläche u. a. auch die Ausweisung von Bauflächen in Aussicht nimmt, steht sie derzeit im Übrigen im Widerspruch zu den weiter oben beschriebenen Darstellungen des geltenden Flächennutzungsplans. Es ist deshalb nicht erkennbar, wie die Maßnahme 16.1 E nachhaltig eine konkrete *und* verfestigte Planung der Gemeinde stören oder wegen seiner Großräumigkeit wesentliche Teile des Gemeindegebietes einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung entziehen sollen (vgl. zu diesem Maßstab BVerwG, Urteil vom 27.04.2017, NVwZ 2017, 1309 Rn. 17 f. m. w. N.) Gleiches gilt mit Blick auf das ebenfalls geschützte kommunale Selbstgestaltungsrecht. Dieses schützt nur vor Maßnahmen, die das Ortsbild entscheidend prägen und hierdurch nachhaltig auf das Gemeindegebiet und die Entwicklung der Gemeinde einwirken (BVerwG a. a. O. Rn. 29 m. w. N.). Hierfür ist vorliegend ebenso nichts ersichtlich.

Die Flächen, auf denen die Maßnahme 16.2 E T umgesetzt werden soll, sind im Flächennutzungsplan der Stadt Schwabach als öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung Parkanlage dargestellt. Dies steht der Maßnahme aber im Ergebnis nicht entgegen. Nach § 7 Satz 1 BauGB haben zwar öffentliche Planungsträger, die an der Aufstellung eines Flächennutzungsplans nach § 4 oder § 13 BauGB beteiligt worden sind, ihre Planungen dem Flächennutzungsplan insoweit anzupassen, als sie diesem Plan nicht widersprochen haben. Die Bindung der Fachplanung an den Flächennutzungsplan im Fall des unterlassenen Widerspruchs gilt – wie § 38 Satz 2 BauGB ausdrücklich klarstellt – auch für die nach § 38 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB gegenüber der Ortsplanung im Übrigen privilegierten Vorhaben. Sie bedeutet, dass der öffentliche Planungsträger sich nicht in Gegensatz zum Flächennutzungsplan setzen darf. Ihn trifft im

Planfeststellungsverfahren die gleiche Bindung wie die Gemeinde nach § 8 Abs. 2 BauGB bei Aufstellung eines Bebauungsplans; ebenso wie diese ist er aber nur an die im Flächennutzungsplan dargestellte Grundkonzeption der Gemeinde gebunden (BVerwG, Urteil vom 24.11.2010 – 9 A 13.09 – juris Rn. 36). Dabei ist allerdings wiederum zu beachten, dass die Anpassungspflicht nicht im Sinne einer rechtssatzmäßigen Anwendung („Vollzug") der einzelnen Darstellungen des Flächennutzungsplans, sondern als planerische Fortentwicklung der im Flächennutzungsplan dargestellten Grundkonzeption der Gemeinde zu verstehen ist. Der nicht widersprechende Fachplanungsträger hat seine Planung daher – auf Grund der inhaltlichen Bindung, die sich für Bebauungspläne aus § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB ergibt – so zu gestalten, dass sie als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt gelten kann. Mit dem Begriff des Entwickelns ist eine gewisse Gestaltungsfreiheit verbunden, soweit die Planung nicht der Grundkonzeption des Flächennutzungsplans widerspricht und sich die Abweichungen vom Flächennutzungsplan aus dem Übergang in eine stärker verdeutlichende Planstufe rechtfertigen. Für die Beurteilung, ob noch ein Entwickeln vorliegt, sind die jeweiligen Umstände des Einzelfalls maßgeblich (BVerwG a. a. O. Rn. 39). Im Hinblick darauf ist festzustellen, dass die Grünanlagenplanung durch die genannte Maßnahme nicht insgesamt vereitelt wird und auch die Grundkonzeption des Flächennutzungsplans unangetastet lässt. Die im Flächennutzungsplan vorgesehene Grünflächenplanung an sich wird durch die hier nun vorgesehene Aufforstung nicht konterkariert; es ist vielmehr auch grundsätzlich denkbar und möglich, die Aufforstungsfläche dem Grunde nach hierin verträglich zu integrieren. Was die von der Stadt in diesem Zusammenhang angeführte Grundkonzeption für den Landschaftspark-Süd anbelangt, muss zum einen festgestellt werden, dass es sich dabei nur um eine interne Planung der Stadt handelt, die nach außen hin noch nicht in rechtsverbindlicher Form verlautbart wurde. Zum anderen könnte unabhängig davon dieses Konzept im Grundsatz (in abgewandelter Form) auch noch in einem um die Maßnahmenfläche 16.2 E T verringerten Umfang umgesetzt werden. Die Grünfläche erstreckt sich nach der Flächennutzungsplanung über etliche Grundstücke und weist eine lang gestreckte Form auf; mit der hier vorgesehen Aufforstung würden lediglich im Verhältnis zur Gesamtfläche der Grünfläche flächenmäßig eher untergeordnete Grundflächen am südwestlichen Rand der Grünfläche dieser Planung entzogen. In Blick zu nehmen ist außerdem, dass dieses Konzept noch nicht ins Werk gesetzt wurde. Die für die Grünflächen vorgesehenen Grundstücke werden, insbesondere die an die A 6 angrenzenden Flächen, nach den aktuellen, öffentlich zugänglichen Luftbildaufnahmen derzeit noch landwirtschaftlich genutzt. Im Hinblick darauf besteht auch keine Notwendigkeit dafür, tiefer gehend der Frage nachzugehen, ob die von der Stadt Schwabach gestellten Anforderungen an die Ausgestaltung der Waldneugründung im Bereich der für den Landschaftspark vorgesehenen Flächen mit der mit der Aufforstung verfolgten Zielsetzung vereinbar ist. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, verbleibt – wie dargelegt – noch genügend von der im Flächennutzungsplan dargestellten Fläche, um das städtische Konzept grundsätzlich noch umsetzen zu können.

Die Stadt Schwabach hat außerdem verschiedene Flächen benannt, die nach ihrer Auffassung gangbare Alternativen für die nördlich der A 6 vorgesehenen Aufforstungsflächen darstellen, und gefordert, diese als ersatzweise Standorte für die beiden oben behandelten Maßnahmen aufzunehmen. Im Einzelnen handelt es sich um die Grundstücke mit den Fl.-Nrn. 1544, 1583/2, 1760, 1277/7, 1323/5, 1323 (Teilfläche) sowie die Grundstücke 1321/2 und 1321/5, jeweils Gemarkung Schwabach.

Eine Umsituierung der beiden Waldneugründungsmaßnahmen auf die genannten Grundstücke ist jedoch nicht möglich. Die Grundstücke befinden sich zwar bis auf das Grundstück Fl.-Nr. 1760 im Eigentum der Bundesstraßenverwaltung. Die bundeseigenen Grundstücke werden aber bereits allesamt im Rahmen der mit Be-

schluss vom 30.12.2011 festgestellten Planung für den 6-streifigen Ausbau der A 6 zwischen der AS Schwabach-West und der AS Roth auf Dauer in Anspruch genommen. Die Grundstücke Fl.-Nrn. 1544 und 1583/2 werden dabei für den Bau eines Absetzbeckens und eines Regenrückhaltebeckens herangezogen, die Grundstücke Fl.-Nrn. 1277/7 und 1323/5 sowie die nördliche Teilfläche des Grundstücks Fl.-Nr. 1323 für die Erweiterung der Verkehrsflächen der A 6 selbst; auf den Grundstücken Fl.-Nrn. 1321/2 und 1321/5 wird wiederum ein Regenrückhaltebecken errichtet. Dies steht einer Heranziehung der Grundstücke zur Bannwaldneubegründung entgegen. Eine Beanspruchung des Grundstücks Fl.-Nr. 1760 scheidet im Hinblick auf die verfügbaren Flächen in öffentlicher Hand, auf denen die plangegenständlichen Aufforstungsmaßnahmen vorgesehen sind, unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten aus; von der Eigentümerseite besteht nach Darlegung der Vorhabensträgerin keinerlei Verkaufsbereitschaft.

Es besteht auch keine Veranlassung, dem von der Stadt Schwabach gemachten weiteren Alternativvorschlag zum Bannwaldausgleich nachzugehen. Dieser Vorschlag begegnet im Übrigen auch aus waldrechtlicher Sicht Bedenken. Damit eine Rodung von Bannwald erlaubt werden kann, ist es notwendig sicherzustellen, dass angrenzend an den vorhandenen Bannwald ein Wald neu begründet wird, der hinsichtlich seiner Ausdehnung und seiner Funktionen dem zu rodenden Wald annähernd gleichwertig ist oder gleichwertig werden kann (Art. 9 Abs. 6 Satz 2 BayWaldG). D. h. es ist Voraussetzung für eine zulässige Bannwaldrodung, dass tatsächlich ein neuer Waldbestand angelegt wird, der die vorstehend dargelegten Anforderungen erfüllt. Einen bestehenden Waldbestand lediglich zu Bannwald zu erklären, genügt demgegenüber nach dem eindeutigen Gesetzeswortlaut nicht. Hierauf hat auch das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ansbach gegenüber der Planfeststellungsbehörde in anderem Zusammenhang hingewiesen.

3.3.14 Träger von Versorgungsleitungen

Als öffentliche Belange sind im Rahmen der Abwägung im Planfeststellungsverfahren auch die Interessen der Träger der öffentlichen Ver- und Entsorgung, die im Bereich der Straßenbaumaßnahme Leitungen, Kabel o. ä. betreiben, zu berücksichtigen. Dabei ist aber nur auf das „Ob und Wie" von Leitungsänderungen einzugehen, nicht jedoch z. B. über die Kostentragung zu entscheiden, die sich nach bürgerlichem Recht bzw. nach bestehenden oder noch zu treffenden vertraglichen Vereinbarungen richtet (vgl. § 8 Abs. 10 FStrG) bzw. bei Änderungen an Fernmeldeleitungen nach den Vorschriften des TKG.

3.3.14.1 Deutsche Telekom Technik GmbH

Die Deutsche Telekom Technik GmbH bittet darum, ihr mit einer Vorlaufzeit von mindestens neun Monate zuvor die endgültigen Ausbaupläne zuzusenden und die Ausschreibungs- und Ausführungstermine mitzuteilen. Des Weiteren gibt sie verschiedene Hinweise für die Baudurchführung, insbesondere bzgl. der notwendigen Zugänglichkeit ihrer Anlagen während der Bauphase.

Entsprechende Vorgaben wurden der Vorhabensträgerin unter A. 3.1.1 gemacht; hierauf wird Bezug genommen. Die Vorhabensträgerin hat zudem ausdrücklich eine rechtzeitige Beteiligung der Deutschen Telekom Technik GmbH und die Abstimmung der Baumaßnahme mit ihr zugesagt. Ebenso hat sie explizit den Schutz bestehender Anlagen der Deutschen Telekom GmbH zugesagt, genauso wie eine rechtzeitige Information vor Baubeginn über Maßnahmen, die Anlagen der Deutschen Telekom Technik GmbH betreffen, sowie die Beachtung der Kabelschutzanweisung der Telekom. Die Sicherstellung eines ungehinderten Zuganges zu den Telekommunikationslinien während der Baumaßnahme wird die Vorhabensträgerin gleichfalls berücksichtigen.

6. Kostenentscheidung

Die Entscheidung über die Kosten stützt sich auf Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 KG. Von der Zahlung der Gebühr ist der Freistaat Bayern nach Art. 4 Satz 1 Nr. 1 KG befreit. Die Regelung bzgl. der Auslagen ergibt sich aus Art. 10 KG.

D. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann **innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Klage** erhoben werden beim

Bayerischen Verwaltungsgerichtshof,
Postfachanschrift: Postfach 34 01 48, 80098 München,
Hausanschrift: Ludwigstraße 23, 80539 München,

schriftlich oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz **zugelassenen** Form. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet **keine** rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen können der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (http://www.vgh.bayern.de) entnommen werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach Klageerhebung anzugeben.

Das Gericht kann Erklärungen oder Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und der Kläger die Verspätung nicht genügend entschuldigt (§ 17e Abs. 5 FStrG, § 87b Abs. 3 VwGO).

Der angefochtene Beschluss soll in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof muss sich jeder Beteiligte, außer im Prozesskostenhilfeverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingeleitet wird. Prozessbevollmächtigter kann ein Rechtsanwalt oder eine sonst nach § 67 Abs. 4 VwGO und nach § 5 RDGEG zur Vertretung berechtigte Person oder Organisation sein.

E. Hinweis zur sofortigen Vollziehung

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss für den Umbau des AK Nürnberg-Ost, für den nach dem Fernstraßenausbaugesetz vordringlicher Bedarf festgestellt ist, hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses bei dem unter D. genannten Gericht gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann ein hierauf gestützter Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO

innerhalb einer Frist von einem Monat gestellt werden. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

F. *Hinweise zur Zustellung und Auslegung des Plans*

Dieser Planfeststellungsbeschluss wird – da mehr als 50 Zustellungen zu bewirken wären – grundsätzlich nicht einzeln zugestellt, sondern im amtlichen Veröffentlichungsblatt der Regierung von Mittelfranken sowie in den örtlichen Tageszeitungen öffentlich bekannt gemacht.

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses mit Rechtsbehelfsbelehrung sowie eine Ausfertigung des festgestellten Planes werden bei der Stadt Nürnberg und dem Landratsamt Nürnberger Land zwei Wochen zur Einsicht ausliegen. Ort und Zeit der Auslegung werden ortsüblich bekannt gemacht und außerdem im Zusammenhang mit der öffentlichen Bekanntmachung des Planfeststellungsbeschlusses mitgeteilt.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss gegenüber allen Betroffenen und gegenüber denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, sowie gegenüber den Vereinigungen i. S. v. Art. 73 Abs. 4 Satz 5 BayVwVfG als zugestellt.

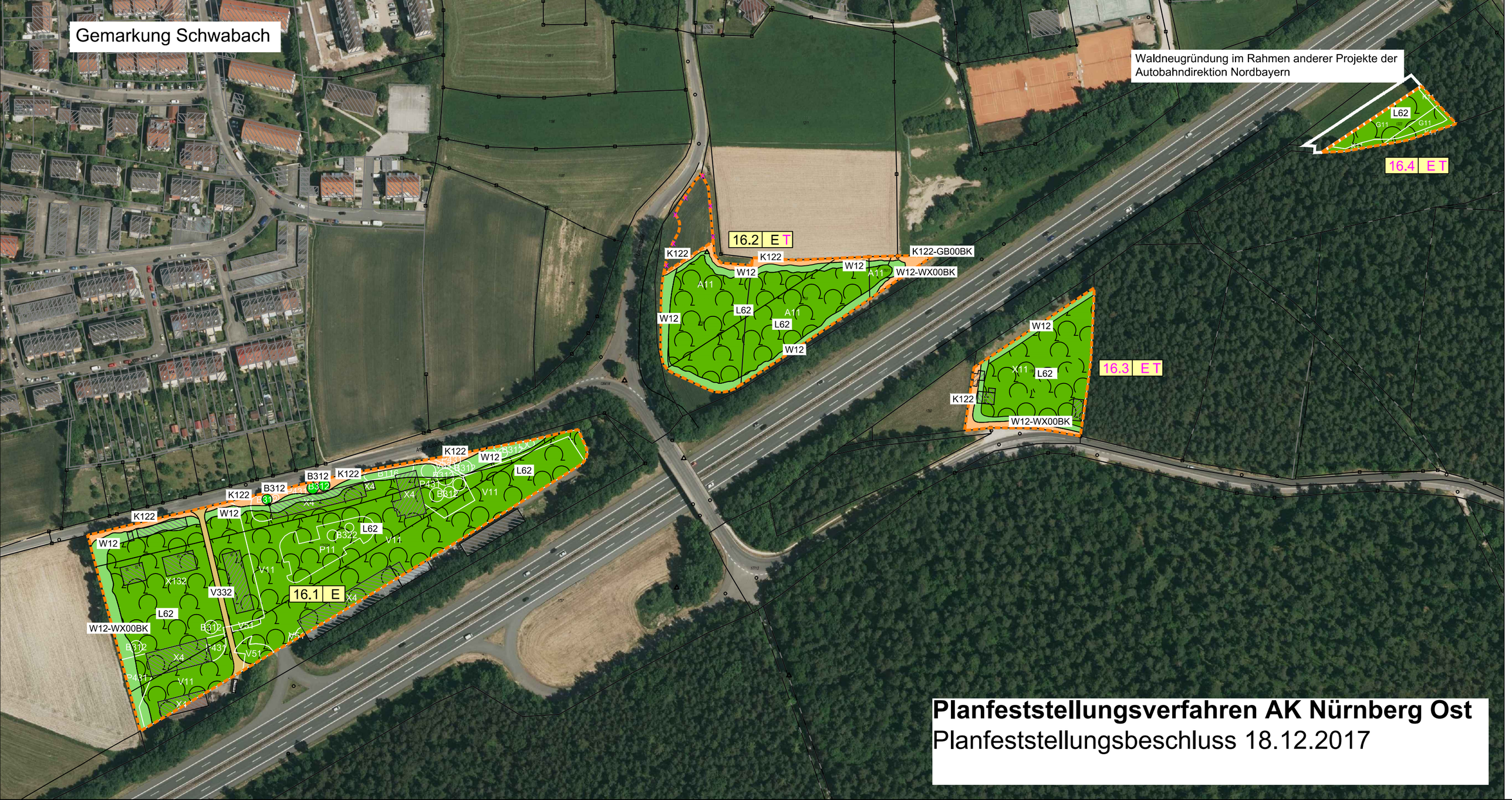
Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Planfeststellungsbeschluss bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und von denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, sowie von den Vereinigungen schriftlich bei der Regierung von Mittelfranken angefordert werden. Es besteht zudem die Möglichkeit, den Planfeststellungsbeschluss im Volltext auf der Internetseite der Regierung von Mittelfranken (www.regierung.mittelfranken.bayern.de) abzurufen.

In der Zeit, in der der festgestellte Plan bei den genannten Stellen ausliegt, kann eine den unter A. 2 aufgeführten Planunterlagen inhaltlich entsprechende Fassung der Unterlagen ebenso auf der Internetseite der Regierung von Mittelfranken eingesehen werden.

Soweit der Planfeststellungsbeschluss individuell zugestellt wird, richtet sich der Beginn der Rechtsbehelfsfrist nicht nach den Vorschriften über die öffentliche Bekanntmachung, sondern nach Maßgabe der Vorschriften über die individuelle Zustellung.

Wolf
Ltd. Regierungsdirektor

Maßnahmenpläne im Bereich der Struklturplanung



Planfeststellungsverfahren AK Nürnberg Ost

Planfeststellungsbeschluss 18.12.2017

Maßnahmen

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Grenze Maßnahmenfläche

Planung Biotopnutzungstypen im Bereich der Ausgleichsflächen

Entwicklung von Extensivgrünland

G211 Mäßig extensiv genutztes, artenarmes Grünland
G214-GE00BK Artenreiches Extensivgrünland
G221 / G221-GH000BK Mäßig artenreiche seggen- oder binsenreiche Feucht- und Nasswiesen

Sukzession von Ruderal- und Staudenfluren (Gras- und Krautfluren)

K122/K122-GB00BK Mäßig artenreiche Säume und Staudenfluren frischer bis mäßig trockener Standorte
K123-GH00BK Mäßig artenreiche Säume und Staudenfluren nasser Standorte
K132-GB00BK Artenreiche Säume und Staudenfluren frischer bis mäßig trockener Standorte
K133-GH00BK Artenreiche Säume und Staudenfluren feuchter bis nasser Standorte

Anpflanzung von Hecken, Gebüsche sowie Erhalt von Einzelbäumen

B112-WX00BK /-WH00BK Mesophile Gebüsche / mesophile Hecken
B113-WG00BK Sumpfgebüsche
B115-WG00BK Moorgebüsche
B312 Einzelbäume / Baumreihen / Baumgruppen mit überwiegend einheimischen, standortgerechten Arten, mittlere Ausprägung

Neugründung von Laub(misch)wäldern

L62 Sonstige standortgerechte Laub(misch)wälder, mittlere Ausprägung
L212-9160 Eichen-Hainbuchenwälder frischer bis staunasser Standorte, mittlere Ausprägung
L232-9110 Buchenwälder basenarmer Standorte, mittlere Ausprägung

Anlage von Waldrändern

W12 / W12-WX00BK Waldmäntel frischer bis mäßig trockener Standorte
W13-WG00BK Waldmäntel feuchter bis nasser Standorte
W14 Waldmäntel stickstoffreicher, ruderaler Standorte

V3 Rad-/Fußwege und Wirtschaftswege

V331 Rad-/Fußwege und Wirtschaftswege, unbefestigt, nicht bewachsen
V332 Rad-/Fußwege und Wirtschaftswege, unbefestigt, bewachsen

Maßnahmennummer

18 E

Maßnahmentyp
Nr. Einzelmaßnahme bzw. Komplexmaßnahme mit Einzelnummerierung

Erläuterung Maßnahmentyp
A Ausgleichsmaßnahme
E Ersatzmaßnahme

Einzelmaßnahme
Maßnahmenkomplex mit Einzelmaßnahmen

Maßnahmenbeschreibung

14.1 A Waldneugründung auf Flächen des Muna-Geländes (südwestlich der sog. FASA-Fläche, Feucht FlNr. 172/24)
14.2 A Waldneugründung auf Flächen des Muna-Geländes (südlich der sog. FASA-Fläche, Feucht FlNr. 172/24)
14.3 A Waldneugründung auf Flächen des Muna-Geländes (sog. POL-Fläche, ehem. Tanklager, Feucht FlNr. 172/24)
15 W Waldneugründung auf Flächen des Muna-Geländes (südlich der sog. FASA-Fläche, südlich der Maßnahmenfläche 14.2 A, Feucht FlNr. 172/24)
16.1 E Waldneugründung nördlich der A6 bei Schwabach (ehem. Flächen der Autobahnmeisterei, Sützpunkt Schwabach, FlNr. 1757/34)
16.2 E T Waldneugründung nördlich der A6 bei Schwabach (östlich der Lindenstraße, FlNr. 1758, 1759, 1760/1)
16.3 E T Waldneugründung südlich der A6 bei Schwabach ("Lindenstraße 81", FlNr. 1761)
16.4 E T Waldneugründung südlich der A6 bei Schwabach ("Maiselach, FlNr. 1323)
17.1 E Waldneugründung nördlich Winkelhaid („Steibruchfeld“, FlNr. 346)
17.2 E Waldneugründung nördlich Winkelhaid („Ameisenloch“, FlNr. 795)
18 E Waldneugründung westlich Schwand („Herbstwiesen“, FlNr. 615 u. 616)
19 E T Waldneugründung südwestlich Großschwarzenlohe („See“, FlNr. ~~411 u. 412~~ 410)
~~20 E Waldneugründung südwestlich Günthersbühl („Keilwiesen“, FlNr. 344)~~
~~21 E Waldneugründung nördlich Lampersdorf („Gemeindespan“, FlNr. 91/3)~~
~~22 E Waldneugründung östlich Lampersdorf („Hackelfeld“, FlNr. 147)~~
~~23.1 E Entwicklung strukturreicher Offenlandfläche südlich Großschwarzenlohe („In der Lache“, FlNr. 41)~~
~~23.2 E Entwicklung strukturreicher Offenlandfläche südöstlich Großschwarzenlohe („Leinschlag“, FlNr. 181)~~
~~23.3 E Entwicklung strukturreicher Offenlandfläche südöstlich Großschwarzenlohe („Am Bach“, FlNr 235)~~
~~23.4 E Entwicklung strukturreicher Offenlandfläche südöstlich Großschwarzenlohe („Am Ratzenwinkel“, FlNr. 252)~~
24 E T Waldneugründung nordöstlich Kammerstein („Bei Schattenhof“, FlNr. 368/ u. 369)
25 E T Entwicklung strukturreiche Offenlandfläche nördlich Hannberg („Öläcker“, FlNr. 803)
26 E T Entwicklung strukturreiche Offenlandfläche nordwestlich der A6 bei Penzendorf („Ruhestein“, FlNr. 141)
27 E T Entwicklung strukturreiche Offenlandfläche nordlich der A6 bei Schwabach/Uigenau („Weinberg“, FlNr.1622/1)
28.1 E T Entwicklung strukturreiche Offenlandfläche nördlich Winkelhaid („Ameisenloch“, Fl.Nr. 783)
28.2 E T Entwicklung strukturreiche Offenlandfläche („Am Bühl“, FlNr. 744, 745 u. 746)

Bestand Biotopnutzungstypen

gemäß Bayerischer Kompensationsverordnung (BayKompV 2013)

F211 Gräben, naturfern
A11 Ackerbrachen
G11 Intensivgrünland
G12 Intensivgrünland, brachgefallen
G211 Mäßig extensiv genutztes, artenarmes Grünland
R113-GR00BK Sonstige Landröhrichte
K11 Artenarme Säume und Staudenfluren
K122 Mäßig artenarme Säume und Staudenfluren frischer bis mäßig trockener Standorte
K123 /K123GH00BK Mäßig artenarme Säume und Staudenfluren feuchter bis nasser Standorte
B116 Gebüsche / Hecken stickstoffreicher, ruderaler Standorte
B12 Gebüsche / Hecken mit überwiegend gebietsfremden Arten
B13 Stark verbuschte Grünlandbrachen und initiales Gebüschstadium
B312 Einzelbäume / Baumreihen / Baumgruppen mit überwiegend einheimischen, standortgerechten Arten, mittlere Ausprägung
B321 Einzelbäume / Baumreihen / Baumgruppen mit überwiegend gebietsfremden Arten, junge Ausprägung
B322 Einzelbäume / Baumreihen / Baumgruppen mit überwiegend gebietsfremden Arten, mittlere Ausprägung
W14 Waldmäntel stickstoffreicher, ruderaler Standorte
W21 Vorwälder auf natürlich entwickelten Böden
W22 Vorwälder auf urban-industriellen Standorten
L711 Nicht standortgerechte Laub(misch)wälder einheimischer Baumarten, junge Ausprägung
P11 Park- und Grünanlagen ohne Baumbestand oder mit Baumbestand junger bis mittlerer Ausprägung
P42 Land- und forstwirtschaftliche Lagerflächen
P431 Ruderalflächen im Siedlungsbereich, vegetationsarm/-frei
X11 Dorf-, Kleinsiedlungs- und Wohngebiete
X132 Einzelgebäude im Außenbereich
X4 Gebäude der Siedlungs-, Industrie- und Gewerbegebiete
V11 Verkehrsflächen des Straßen und Flugverkehrs, versiegelt
V12 Verkehrsflächen des Straßen und Flugverkehrs, befestigt
V331 Rad-/Fußwege und Wirtschaftswege, unbefestigt, nicht bewachsen
V51 Grünflächen und Gehölzbestände junger bis mittlerer Ausprägung entlang von Verkehrsflächen

6433-0106-001 Biotope der Amtlichen Bayerischen Biotopkartierung mit Nummer

Änderung und Ergänzungen sind magenta dargestellt 30.06.2017

Bearbeitung:
Dipl.-Biol. Klaus Demuth
Bärenschanzstr. 73 RG
90429 Nürnberg
Tel. 0911/274488-0
Fax: 0911/274488-1
email: planung@ifanos.de

	Datum	Zeichen
gezeichnet	Juli 2016	planzeichen
bearbeitet	Juli 2016	Malchartzeck
geprüft		

Nürnberg, den 25.07.2016
(Dipl.-Biol. Klaus Demuth)

Autobahndirektion Nordbayern
Flaschenhofstraße 55
90402 Nürnberg
Tel.: 0911/4621-01, Fax: 0911/4621-456, E-Mail: poststelle@abdnb.bayern.de

bearbeitet:	Gz:		
gezeichnet:	Gz:		
geprüft:	Gz:		
	Gz: 1414	07/2016	Dirscherl
PSP Nr.:	B02S.ABA90620.80		
Projekt:	A6 AK Nürnberg-Ost (A9)		

Nr.	Art der Änderung	Datum	Zeichen
2	Ergänzung Ersatzflächen 16.3 E T und 16.4 E T	Juni 2016	Malchartzeck
1	Änderung Ersatzfläche 16.2 E T	Juni 2016	Malchartzeck

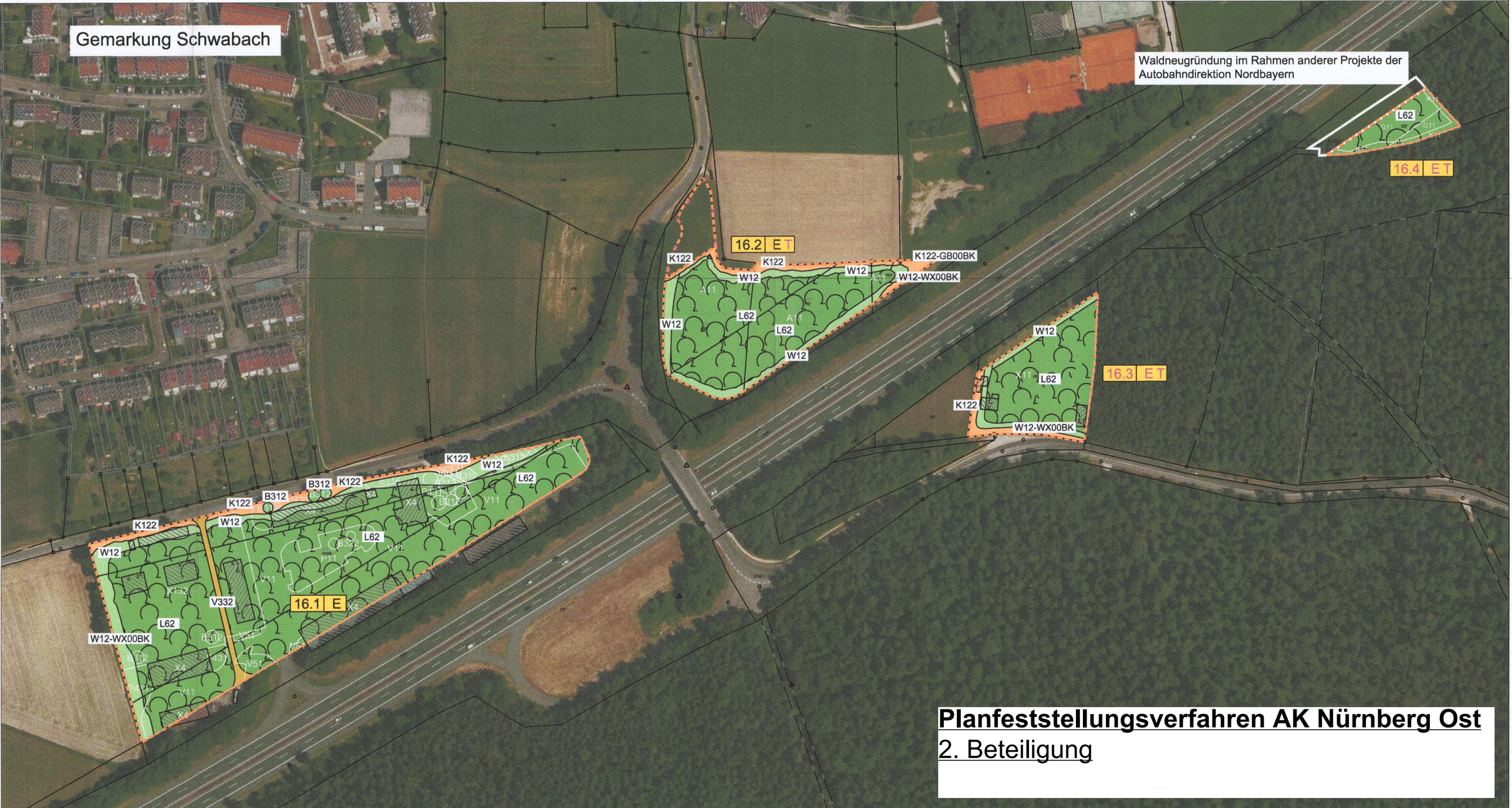
FESTSTELLUNGSENTWURF

Straßenbauverwaltung Freistaat Bayern
Autobahndirektion Nordbayern
Straße / Abschn.-Nr. / Station: A6_360_1,344 bis A6_380_0,275
A9_640_5,232 bis A9_660_1,170
PROJIS-Nr.: 09 080200 20

Unterlage / Blatt-Nr.: 9.2 / 7 T
Maßnahmenplan
(Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Blattschnitts 1:1000)
Maßstab: 1:2000

BAB A 6 Heilbronn - Nürnberg
Umbau AK Nürnberg-Ost

aufgestellt:
Nürnberg, den 05.08.2016 / 30.06.2017
Autobahndirektion Nordbayern
Weidinger-Knapp, Bauoberrätin



Planfeststellungsverfahren AK Nürnberg Ost

2. Beteiligung

Gemarkung Schwabach

16.2 E

16.1 E

K122

W12

A11

L62

B312

V11

P11

X4

V 332

X132

V51

P431

B322

W12-WX00BK

Planfeststellungsverfahren AK Nürnberg Ost

1. Beteiligung

Strukturplanung nördlich der BAB 6 mit Kennzeichnung der Flächen aus dem Planfeststellungsbeschluss

vom 18.12.2017

LEGENDE

Bauliche Nutzung

- Wohnbaufläche "normale Bauweise" Einfamilien- und Doppelhäuser
- Wohnbaufläche "dichte Bauweise" Reihenhäuser und Mehrfamilienhäuser
- Wohnbaufläche "sehr dichte Bauweise" Geschosswohnungsbau
- Gemischte Baufläche

Verkehr

- Straßenverkehrsflächen
- Fuß- und Radweg/ Wirtschaftsweg

Grün- und Freiflächen

- bestehende Grünstruktur
- geplante Grünstruktur
- bestehender Baum
- Maßnahmenflächen Planfeststellungsbeschluss 18.12.2018 zum Autobahnkreuz Nürnberg-Ost
- Straßenbegleitgrün
- Spielplatz (geplant)
- Tennisplatz
- Bolzplatz
- BMX-Anlage

Sonstiges

- Geltungsbereich
- Baubeschränkungszone 100m
- Bauverbotszone 40m
- Böschungskante Autobahn

0 10 m 50 m 100 m

REFERAT FÜR STADTPLANUNG UND BAUWESEN
AMT FÜR STADTPLANUNG UND BAUORDNUNG
Albrecht-Achilles-Straße 6/8, 91126 Schwabach, E-Mail: stadtplanungsamt@schwabach.de

STADT SCHWABACH
Die Goldschlägerstadt.

PROJEKT

Strukturplan nördlich entlang der BAB 6

AMTSLEITUNG Ralph Maidel
PLANUNG Sofie Arnold
GEZEICHNET Doris Lang
VERMESSUNG

Schwabach, den 16.01.2018

PROJEKTLEITUNG
Tel.: 09122 860 578
sofie.arnold@schwabach.de

PLANBEZEICHNUNG	MASSSTAB	PLANNR.	PLANGRUNDLAGE
Übersichtslageplan			DFK Stand Jan 2017

K:\BEBAUUNGSPLAN\SCHWABACH\LINDENSTRASE\PLANUNG\17_10_18_STRUKTURPLAN VARIANTE 4.2OHNE BANNWALD GEÄNDERT.DWG